Das erste Gesetz des Nationalausschusses

öt Das tschecho-slowakische Pressebüro teilt mit: Gesetzerlaß vom Nationalausschuß: Am 28. Oktober 1918 ist der selbständige Staat ins Leben getreten. Um die Kontinuität der bisherigen Rechtsordnung mit dem neuen Zustand aufrecht zu erhalten und Wirren zu vermeiden und den ungestörten Uebergang zu dem neuen staatlichen Leben zu regeln, ordnet der Nationalrat namens des tschechischen Volkes als Vollzugsausschuß der staatlichen Hoheitsgewalt an:

1. Die Staatsform wird bestimmt von der Nationalversammlung in Gemeinschaft mit dem tschecho-slowakischen Nationalrat in Paris als Organ des Völkswillens. Bis dahin übt die staatliche Oberhoheit innerhalb des Staates der Nationalrat aus.

2. Alle bisherigen Landes- und Reichsgesetze, sowie Verordnungen bleiben provisorisch in Geltung.

3. Alle autonomen staatlichen und Gemeindebehörden, Bezirks-, Gau- und Gemeindeanstalten sind dem Nationalausschusse unterstellt und amtieren provisorisch nach den bisher geltenden Gesetzen und Verordnungen.

4. Das Gesetz tritt am heutigen Tage in Kraft.

5. Das Präsidium des Nationalrats wird mit der Durchführung beauftragt.

Gegeben in Prag, am 28. Oktober 1918:
gez. Anton Svehla, Dr. Stribrny, Dr. Soukup, Dr. Bavra, Dr. Rasin und Staubar.

Die Militärgewalt in den Händen des Nationalrates

öt Das tschecho-slowakische Pressebüro teilt mit:

Am Montag um 9 Uhr abends erschien der kommandierende General Feldmarschalleutnant Kestranek und Feldmarschalleutnant Zanantoni mit ihrem ganzen Stabe in den Räumen des tschechischen Nationalrates und übergaben die Militärgewalt in die Hände des tschechischen Nationalrates.

In Bestätigung hierzu teilt das k. u. k. Korrespondenzbüro amtlich mit, daß es um 9 Uhr abends von dem tschecho-slowakischen Pressebüro in Prag übernommen wurde.

Abmarsch des ungarischen Militärs aus Prag

öt Wie die „Narodni Politika" mitteilt, bereitet das in Prag liegende ungarische Militär seinen Abmarsch vor. Was für Militär an die Stelle des ungarischen nach Prag kommen wird, ist noch unbekannt.

Zur Friedensfrage

Die deutsche Antwort in Washington eingetroffen

f Die „Köln. Ztg." erfährt aus Amsterdam: In Washington ist der amtliche Wortlaut der deutschen Note eingegangen. Die Note gilt lediglich als eine Empfangsbescheinigung, die keine Antwort erheischt. Die Behörden erklären, nachdem Wilson den ganzen Briefwechsel dem Verbande übermittelt habe, müsse der folgende Schritt gemeinschaftlich von den Verbündeten ausgehen. Nach einem Reutertelegramm soll auf der Pariser Konferenz nicht nur über die Vorschläge des Waffenstillstandes verhandelt werden, sondern auch u. a. über Maßnahmen zur kräftigen Fortsetzung des Krieges, wenn dies notwendig werden sollte. Die österreichische Note ist ebenfalls in Washington eingetroffen. Mitteilungen werden darüber nicht gemacht.

Die Entente gegen einen Sonderfrieden

f **Haag**, 29. 10. Aus Paris meldet der Korrespondent des „Handelsblad": Die jüngste Note Oesterreichs, die einer bedingungslosen Uebergabe gleichkommt, wird als Beweis dafür angesehen, daß die Regierung Kaiser Karls alle Hoffnungen aufgegeben hat, länger Widerstand leisten zu können. Es ist unwahrscheinlich, daß man im Anschluß an diese Note Besprechungen über einen Sonderfrieden eröffnen wird. Einerseits bietet die heutige österreichische Regierung zu wenig Garantie für ihre Stabilität, andererseits liegt ein Sonderfrieden nicht in der Absicht der Entente. Was die Antwort betrifft, die die militärischen Chefs der Alliierten auf das Ersuchen um einen Waffenstillstand seitens Deutschlands geben werden, so glaubt der Korrespondent zu wissen, daß die Bedingungen erst nach einiger Zeit bekanntgegeben werden sollen.

Die Waffenstillstandsbedingungen schon in Berlin

f **Berlin**, 29. 10. Wie die „Voss. Ztg." erfährt, wird die Ankunft der Waffenstillstandsbedingungen des Generals Foch im Laufe der heutigen Nacht erwartet. Sie dürften also bereits inzwischen in Berlin angelangt sein. Von anderer Seite wurde mitgeteilt, daß gestern nachmittag das Kriegskabinett eine Sitzung abgehalten hat, in der noch weitergehende Folgen der Demokratisierung Deutschlands besprochen werden sollten. Wie die „Voss. Ztg." erfährt, hat die Sitzung tatsächlich stattgefunden.

„Daily News" meldet: In Paris wird jetzt entschieden, welches die Bedingungen des Waffenstillstandes sein werden. Sie sollen nicht, wie von reaktionärer Seite Englands verlangt wird, von Foch festgestellt werden. Wir stehen jetzt vor einem Siege im Kriege, der die Vernichtung des deutschen Militarismus herbeiführen sollte. Der Welt würde nicht gedient, wenn wir diesen Militarismus durch eine neue Militärdiktatur der Entente ersetzen würden. Dafür hat die Welt nicht 12 Millionen Menschen geopfert.

Der Versailler Kriegsrat ist über die Bedingungen schlüssig

f **Genf**, 30. 10. Wie verlautet, ist der Versailler Kriegsrat, dem die von Wilson übermittelte deutsche Note und seine Anfrage seit Mittwoch vorliegen, sich bereits über die Bedingungen des Waffenstillstandes schlüssig geworden. Die Uebermittelung ist eine Frage der nächsten Tage.

f **Berlin**, 30. 10. T. U. meldet: Entgegen den in Berlin auf Grund von Blättermeldungen befindlichen Gerüchten, die ein Eintreffen der Waffenstillstandsbedingungen hierorts melden, wird uns amtlich mitgeteilt, daß diese Bedingungen noch nicht angelangt sind. Die hierüber verbreiteten Einzelheiten beruhen lediglich auf Kombinationen.

Kühlmann Friedensunterhändler?

fd **Berlin**, 30. 10. Von recht gutunterrichteter Seite wird dem „Lok.-Anz." mitgeteilt, daß man an maßgebender Stelle beabsichtigt, an die Spitze der von Deutschland zu den Friedensverhandlungen zu entsendenden Unterhändler den früheren Staatssekretär Herrn von Kühlmann zu stellen.

Die Sonderverhandlungen der Türkei

ft **Konstantinopel**, 29. 10. Die Agentur Milli teilt die offizielle Aufnahme der Sonderverhandlungen der Türkei mit der Entente mit. Izzet Pascha begründet den Sonderschritt folgendermaßen: Nach dem Zusammenbruch Bulgariens unternahm die Türkei gemeinsam mit den Verbündeten den Friedensschritt. Dann war es zu Sonderverhandlungen gezwungen, da Bulgarien vom Feinde besetzt war. Die türkische Grenze ist exponiert und Deutschland nicht imstande, die versprochenen Verstärkungen zu senden. Der Sonderschritt wurde dem deutschen und dem österreichischen Botschafter mitgeteilt und von ihnen anerkannt.

Eine Note der Deutsch-Oesterreicher

fö **Wien**, 29. 10. Der Vollzugsausschuß der deutsch-österreichischen Nationalversammlung beschloß die an Präsident Wilson zu richtende Note der morgigen Vollversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Die Note macht zunächst von der Konstituierung des deutsch-österreichischen Staates Mitteilung. Der deutsch-österreichische Staat verlangt, daß seine Vertreter als Vertreter eines selbständigen Staates zu den Friedensverhandlungen zugelassen werden und mit den Vertretern der anderen Nationen über die Bedingungen des Friedens verhandeln. Der Vollzugsausschuß verpflichtet sich zur Annahme folgender Grundsätze: Vorbehaltlose Annahme der in den Botschaften Wilsons niedergelegten Grundsätze; Anerkennung der tschecho-slowakischen und südslawischen Nationen als vollkommene unabhängige Staaten und Regelung der deutsch-österreichischen Beziehungen mit diesen durch freie Vereinbarung. Die Note erklärt, es sei selbstverständlich, daß der neue deutsch-österreichische Staat auch die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens mit 3½ Millionen Deutschen beanspruche. Die Note schließt mit einem Appell an den Präsidenten, seine Autorität für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nationen einzusetzen, sowie dafür, daß sofortige allgemeine Waffenruhe an der Front eintritt.

Italiens Waffenstillstandsbedingungen

fö **Chiasso**, 29. 10. Der Schweizer Preßtelegraph meldet aus Rom: Zur Frage der Oesterreich zu stellenden Waffenstillstandsbedingungen schreibt die offizielle „Tribuna": „Der Feind muß die Stellungen von Tolmein, Bainsizza und Tornowa, das ganze Wippachtal und den ganzen Karst einschließlich der Hermadastellung räumen. Dann müssen uns die Oesterreicher das ganze Kriegsmaterial sowie die Nahrungsmittel in den besetzten Gebieten überlassen. Ebenso sind die Festungen in Tirol und Karfreit zu schleifen. Als Waffenstillstandsbedingungen zur See verlangen wir Schleifung der Kriegshäfen von Pola, Cattaro und von Dalmatien sowie die Uebergabe des Kriegsmaterials und der Geschütze, ferner die Abrüstung der Flotte und Räumung des Lowzen, die Säuberung der Minensperre und die Aufgabe einiger dalmatinischer Inseln. Als Beweis des guten Willens für einen Frieden seitens Oesterreich-Ungarns verlangen wir ferner die Räumung Tirols und Istriens, als der am meisten umstrittenen Gebiete. Außerdem fordern wir wirtschaftliche und handelspolitische Garantien.

Die Konstituierung Deutsch-Böhmens

fö **Wien**, 30. 10. Die deutsch-böhmischen Abgeordneten versammelten sich heute im niederösterreichischen Landhause zur Konstituierung Deutsch-Böhmens. Vorsitzender Pachert stellte in der Eröffnungsansprache fest, daß die Deutsch-Böhmen zu den Deutsch-Oesterreichern gehören und niemand das Recht habe, ein Gelöbnis auf den tschechischen Staat zu verlangen. Die Versammlung aller jetzigen deutschen Reichsrätеabgeordneten Böhmens bilden den vorläufigen Landtag der Provinz Deutsch-Böhmen. Der vorläufige Sitz der Landesvertretung ist die Stadt Reichenberg. Eine Landesregierung mit dem Landeshauptmann Pachert wird gebildet.

Der Krieg nächste Woche zu Ende?

fö Genf, 30. 10. Der Außenminister der tschechischen Regierung in Paris, Benes, ist hier eingetroffen, um mit der aus Oesterreich angekommenen tschechischen Delegation zu verhandeln. Eine hohe Persönlichkeit der Entente, die nach der Schweiz gekommen war, um Sicherungen abzuschließen, erklärte, wie „Suisse" behauptet, den Abschluß von Kriegslieferungen für unnötig, weil der Krieg nächste Woche zu Ende sei.

fö **Berlin**, 30. 10. In politischen Kreisen herrscht die Meinung vor, daß Graf Wedel und der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Prinz Hohenlohe, die für das Festhalten an der Bündnispolitik eingetreten sind, von ihren Posten scheiden werden. Wie die „Berl. N. N." hierzu erfahren, hat die Reichsregierung sogar am Sonnabend gegen die beabsichtigten Schritt der k. und k. Regierung Einspruch erhoben. Trotzdem wurde die Note aus Wien abgesandt und diese Tatsache dem Botschafter vorenthalten; man hat, während man die deutsche Regierung vor eine Tatsache stellte, noch den Versuch gemacht, den Glauben zu erwecken, daß die deutschen Vorstellungen nicht ohne Einfluß geblieben waren.

fö **Genf**, 30. 10. Das meist ausgezeichnet unterrichtete Blatt „Feuille" nennt unter den Bedingungen, die der Verband Oesterreich-Ungarn nennen wird, volle Besetzung der Eisenbahnlinien und strategischen Punkte des Landes, Demobilisierung der Armee oder vielmehr Verteilung ihrer Regimenter zwischen den verschiedenen Nationalitäten, die durch die Verbündeten als Kriegführende gegen die Mittelmächte anerkannt werden. Diese Regimenter würden sich also keineswegs den Segnungen des Friedens erfreuen, sondern müßten die Waffe gegen die Deutschen erheben.

fö **Wien**, 29. 10. Die „Arbeiterzeitung" schreibt unter Betonung der Notwendigkeit eines Friedens für die Monarchie um jeden Preis über die Vorgeschichte des Krieges und die jetzige Lage: Deutschland erklärte Rußland den Krieg, um uns gegen russische Uebermacht zu schützen. Um unserthalben ist Deutschland also in den Krieg verwickelt worden, der dem deutschen Volke so ungeheure Opfer gekostet hat und mit einer furchtbar schweren Schädigung der deutschen Nation zu enden droht. Und während dieses ganzen Krieges haben deutsche Soldaten die Gebiete Oesterreichs und Ungarns verteidigt, sind viele 100 000 Deutsche auf unsern Schlachtfeldern verblutet. In Galizien, Siebenbürgen, Serbien und Italien haben reichsdeutsche Truppen Habsburgs Besitz verteidigt, und nach alledem bietet jetzt Oesterreich-Ungarn der Entente Sonderverhandlungen über Waffenstillstand und Frieden an, erklärt es sich mit dürftig verhüllten Worten zu einem Sonderfrieden bereit, einem Sonderfrieden, da Deutschland in Not ist und selbst um den Preis schwerer Opfer Frieden schließen möchte. Gewiß, Oesterreich-Ungarn kann den Krieg einfach nicht länger führen, es muß daher einen Frieden um jeden Preis, selbst um den Preis eines solchen Treubruches anstreben, denn daß man dazu wirklich gezwungen ist, ist unbestreitbar.

Der sächsische Staatsrat

n Der Staatsrat ist nun durch königliche Verordnung berufen und die Mitglieder sind ernannt worden. Die Verordnung enthält neun Paragraphen.

§ 1. Der Staatsrat hat die ihm von uns zugewiesenen Angelegenheiten zu beraten. Die Zuweisung erfolgt durch königliche Verordnung, die vom vorsitzenden Staatsminister gegengezeichnet ist.

§ 2. Der Staatsrat setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Gesamtministeriums, den Präsidenten der beiden Ständekammern, den in der Anlage namentlich aufgeführten Mitgliedern der Ersten und Zweiten Kammer. (Es sind dies aus der Ersten Kammer die Herren: Oberbürgermeister Blüher (Dresden), Geheimer Kommerzienrat Reinecker (Chemnitz), Wirkl. Geheimer Rat Mehnert, Geheimer Kommerzienrat Wäntig, Oberbürgermeister Keil (Zwickau), Domherr Dr. v. Häkel und Wirklicher Geheimer Rat Wach. Aus der Zweiten Kammer werden folgenden Herren in diesem Staatsrat vertreten sein: Von den Konservativen Dr. Böhme und Dr. Spieß, von den Nationalliberalen Nitzschke und Dr. Seyfert, von den Fortschrittlern Brodauf und von den Sozialdemokraten Fräßdorf und Sindermann und den auf Vorschlag des Staatsrates von uns für einzelne Angelegenheiten berufenen außerordentlichen Mitgliedern. Wir behalten uns vor, einen königlichen Prinzen zu beauftragen, den Verhandlungen des Staatsrates beizuwohnen.

§ 3. Der Staatsrat ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Die Sitzungen des Staatsrates sind geheim, doch können zu seinen Sitzungen Beamte des Ministeriums zugezogen werden. An der Abstimmung nehmen sie nicht teil. Der Staatsrat kann beschließen, daß über eine Verhandlung im einzelnen Falle Mitteilungen an die Presse gegeben werden.

§ 4. Der Vorsitzende des Staatsrates ist der vorsitzende Staatsminister, er bestimmt im Bedarfsfalle einen Stellvertreter.

§ 5. Der Staatsrat regelt seine Geschäftsordnung selbstständig.

§ 6. Der Staatsrat beschließt nach Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 7. Ueber die Verhandlungen des Staatsrates sind Niederschriften aufzunehmen, die vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen sind.

§ 8. Die Mitglieder des Staatsrates mit Ausnahme der Mitglieder des Gesamtministeriums erhalten Aufwandsentschädigung und Reisekostenvergütung, deren Höhe der Vorsitzende im Einvernehmen mit dem Staatsrat festsetzt.

§ 9. Die Kanzleigeschäfte des Staatsrates werden von dem Kanzler des Gesamtministeriums erledigt, das auch die Schriftführer stellt.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Gegeben zu Dresden, den 29. Oktober 1918.
Friedrich August.
Dr. Heinze, von Wilsdorf, Dr. Schröder, Dr. Koch, von Nostitz-Wallwitz.

* * *

Die sächsischen Sozialdemokraten zur Neuordnung

n **Dresden**, 29. 10. Entgegen anderslautenden Mitteilungen stellen wir fest, daß die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer nach wie vor grundsätzlich dazu bereit ist, an der Neuordnung mitzuarbeiten und Vertreter in das neue Ministerium zu entsenden. Sie haben, wie wir bereits meldeten, ihren Eintritt von einigen Bedingungen abhängig gemacht, die sich auf das Wahlrecht in Staat und Gemeinden, die Reform der Ersten Kammer und parlamentarischen Regierungsform beziehen. Da in diesen Fragen eine grundsätzliche Einigung besteht, so kann mit dem Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung als mit einer durchaus sicheren Tatsache gerechnet werden.

Sächsischer Landtag

Zweite Kammer

(67. öffentliche Sitzung Dienstag den 29. Oktober 1918)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Eingabe des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine (Hamburg) betreffend die Berücksichtigung der Konsumgenossenschaften in geeigneten öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen. Abg. Sindermann (Soz.) berichtet namens der Beschwerde- und Petitionsdeputation und beantragt, die Petition der Regierung als Material für eine eventuelle Abänderung des Handelskammergesetzes zu überweisen. Ohne Aussprache wird so beschlossen. Es folgt die Petition des Baumeisters Max Schurig in Chemnitz, die Zulassung von Baumeistern zum Studium an der Technischen Hochschule zu Dresden betreffend, worüber Abg. Schulze (U. Soz.) berichtet. Der Deputationsantrag geht auf Ueberweisung zur Erwägung. Abg. Rentsch (Kons.) ersucht die Regierung, auch für die Landmesser Sachsens einen Kursus an der Technischen Hochschule einzurichten. Der Deputationsantrag wird angenommen.

Die militärische Lage

Berlin, 29. 10. In Flandern konzentriert sich zwischen Lys und Schelde der Hauptdruck des Feindes gegen unsere neuen Kampfstellungen. Hier müht sich der Feind, unsere Linien zu durchbrechen. Obgleich er dieses Ziel bisher nicht erreicht hat, ist doch zu erwarten, daß er Artillerie nachziehen wird und dann von neuem seine Versuche wieder aufnimmt. Die Zerstörung Belgiens durch die feindliche Artillerie und durch feindliche Flieger schreitet erbarmungslos fort. Weiter hat die belgische Bevölkerung in der letzten Zeit überaus große Verluste zu beklagen. Das liegt zum großen Teil daran, daß die eingeborenen Belgier darauf verzichten, ihre Heimatstätte zu verlassen.

Weitere Durchbruchsversuche des Feindes fanden nördlich Valenciennes statt. An der Aisne scheiterten feindliche Angriffe trotz anfänglicher Erfolge. Auf beiden Maasufern dauern die Kämpfe mit wechselnder Erbitterung fort.

Die Rückschläge an unserer Front haben sich in letzter Zeit verändert, trotzdem sind noch einige zu verzeichnen, wo wir bedeutende Verluste an Offizieren zu beklagen haben. Diese Offizierverluste sind leider immer noch beträchtlich. Um so größer sind die Anforderungen, die an unser Unteroffizierkorps und an unsere Soldaten gestellt werden.

In Serbien wachsen sich die kriegerischen Unternehmungen allmählich zu Kampfhandlungen größeren Stils aus. Der österreichische Rückzug über Stutari ist in die Wege geleitet worden. Das Ziel des Feindes ist offenbar die Befreiung Albaniens, Montenegros und Serbiens und die Besetzung der Herzegowina. Französische Truppen sind bereits an der Grenze Bosniens und der Herzegowina aufgetaucht.

Der feindliche Aufmarsch auf der Linie Adrianopel—Debeagadsch ist nahezu vollendet. Es ist also damit zu rechnen, daß die feindliche Offensive gegen Konstantinopel von der Landseite her in allernächster Zeit beginnen wird. Dasselbe gilt von den Dardanellen. Wie schon bekannt, ist Aleppo in Feindeshand gefallen. Ueber diesen Ort hinaus ist der feindliche Vormarsch jedoch noch nicht gediehen. Ein weiterer englischer Angriff in Mesopotamien ist gegen Mossul gerichtet.

* * *

Deutscher Abendbericht

wtb **Berlin**, 29. Oktober, abends. (Amtlich.)

Teilkämpfe südlich der Lys und südlich von Le Quesnoy. Zwischen Nizy-le-Comte und der Aisne sind in den Nachmittagsstunden sehr heftige Angriffe der Franzosen gescheitert.

Balkan

Heftige Artillerieschlacht an der Donau

b Die „Züricher Morgenzeitung" meldet: Bei Turn-Severin ist eine große Artillerieschlacht entbrannt. Französische Artillerie beschießt österreichische Monitors, die das Feuer erwidern. Man erwartet, daß die Franzosen das